



Christoph Mörgeli

**Wunderbar unbezahlbar**

In echten Demokratien herrscht das Wahlgeheimnis. Es geht niemanden etwas an, welche Köpfe welcher Parteien ich wähle. In echten Rechtsstaaten herrscht das Spendegeheimnis. Es geht niemanden etwas an, wem ich mein Geld zuwende. Egal, ob der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage. Oder den Freunden von alten Landmaschinen Sektion Bern. Oder der Gesellschaft zur Förderung der Biervielfalt. Es geht auch niemanden etwas an, welche Partei ich mit welchen Beträgen unterstütze.

Diese Spendenfreiheit, die auch ein Spendegeheimnis ist, passt den Linken nicht. Es stört sie, dass sich bürgerliche Parteien mit Inseraten, Plakaten und online bemerkbar machen. Sie finden, sie bekämen für ihre rotgrünen Anliegen weniger Aufmerksamkeit im bezahlten Raum. Doch die Bürgerlichen würden sich die Finger lecken und sofort auf alle Inserate verzichten, wenn sie nur annähernd so viele schönen Artikel im redaktionellen Teil wie die Linken erhielten.

Ein rotes Glückskind ist diesbezüglich der Aargauer SP-Linksanleger Cédric Wermuth. Ausgerechnet er wettet am meisten über die private Parteienfinanzierung und möchte am liebsten auf jeden gespendeten Franken einen Detektiv ansetzen. Er selber hat sowas nicht nötig. Zwei Linksjournalisten präsentierten soeben eine brandneue «Studie» («die Untersuchung liegt Sonntagsblick vor»). Verfasser: Cédric Wermuth. Mit Bild von Cédric Wermuth. Es handelte sich um geschätzte Fabelzahlen angeblicher Geldflüsse von Banken, Versicherungen und Krankenkassen an bürgerliche Politiker. Ausgespart bleiben Staatsgelder, Gewerkschaftsgelder und Hilfswerkgelder an linke Politiker. Am Montag darauf brachte ein Linksjournalist der Zeit einen grossen Report über Cédric Wermuth («Marx im Schafspelz»). Die Chancen des ehemaligen Juso-Chefs auf den Aargauer Ständeratssitz stünden gut. Und am Dienstag darauf brachte eine Linksjournalistin von Tages-Anzeiger und Konsorten eine halbe Titelseite plus eine ganze Seite über Cédric Wermuth («Wie Wermuth Wahlsieger werden will»). Als ob all seine journalistischen Zudiener nicht reichen würden, gibt der erklärte Marxist 300'000 Franken für seine Kampagne aus. Cédric Wermuth nimmt Partei für die Armen, die Fremden, die Frauen. Nobelpreisträger Carl Spitteler sah es so: «Eines der häufigsten Motive der Parteinahme die Eitelkeit.»

SESSIONSBERICHT ERSTE WOCHE

**Zivilschutz macht Schritte in Richtung Bürgerdienst**

Die Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes mit dem Ziel, die Leistungs- und Durchhaltefähigkeit des Zivilschutzes zu optimieren, hat in der ersten Woche der letzten Herbstsession dieser Legislatur die zweite Kammer, den Ständerat, erreicht. Die Grundlagen sollen beibehalten werden, insbesondere das Verbundsystem mit Polizei, Feuerwehr, technischen Betrieben, Gesundheitswesen und Zivilschutz sowie die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Ausserdem sei die Ausbildung zu verbessern.



Hans Egloff Nationalrat SVP Aesch ZH

Im Rahmen der Totalrevision des Zivilschutzgesetzes schlug der Bundesrat eine Reduktion und Flexibilisierung der Schutzdienstpflichtdauer vor. Zivilschützer mit spezialisierten Aufgaben sollten wie Armeeeingehörige ihre Dienstpflicht als Durchdiener am Stück leisten können. Doch bereits die vorbereitende Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Ständerates lehnte dies ab. Die SiK war auch dagegen, dass Schutzdienstpflichtige bei Katastrophen ausserordentlichen Ausmasses im Ausland aufgebunden werden sollten, weil dem Zivilschutz für weltweite Einsätze die Führungsstrukturen fehlten. In der Gesamtabstimmung hiess der Ständerat das revidierte Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz mit 41 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Mit wenigen kleinen Differenzen geht die Vorlage zurück an den Nationalrat. Das Hauptproblem, die tiefen Bestände im Zivilschutz und die Rekrutierung, werde mit der Vorlage nicht gelöst, kritisierte der parteilose Schaffhauser Thomas Minder. Bundesrätin Viola Amherd stellte in Aussicht, bis Ende 2020 dazu eine Analyse vorzulegen.

**Über Bürgerdienst nachdenken**

Im Windschatten dieser Totalrevision forschte der Freiburger CVP-Ständerat Beat Vonlanthen nach Lektüre des Berichts der Arbeitsgruppe Dienstpflichtsystem vom März 2016 nach Möglichkeiten, durch Schaffung eines «Bürgerdienstes» neue Lösungsansätze für die Schwierigkeiten zu entwickeln, mit denen das schweizerische Milizsystem konfrontiert ist, sowie zur Stärkung des nationalen Zusammenhalts und als Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen. Wegen der Alterung der Bevölkerung denkt er auch an einen Bürgerdienst im umfassenden Sinne, um der Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsdienstleistungen gerecht werden zu können. Die kleine Kammer hat das Postulat Vonlanthen angenommen.

**Durch Umweltschutz gefährdet**

Unser scheidender Berner Fraktionskollege Adrian Amstutz hinterlässt mit seinem politischen Wirken auch eine Parlamentarische Initiative von 2015, die nach Weiterbearbeitung ruft. Er möchte, dass der Bund Sanierungen von belasteten Schiessstandorten auch nach dem 31. Dezember 2020 finanziell unterstützt, sofern es sich um Orte handelt, an denen jährlich höchstens ein Schiessanlass stattfindet (Feldschiesse, historische Schiessens usw.).

Beim Eidgenössischen Feldschiesse und bei historischen Schiessanlässen handle es sich um Kulturgut, mit dem die Geschichte, die Wehrhaftigkeit der Schweiz und der gesellschaftliche Zusammenhalt gepflegt würden, begründete Amstutz sein Anliegen. Dabei werde ausnahmsweise auch ausserhalb der üblichen Schiessanlagen geschossen, was mit vergleichsweise bescheidenen Einträgen von Geschossen in das Erdreich verbunden sei. Die Weiterführung solcher Anlässe soll nicht erschwert oder gar verunmöglicht werden, erklärte Amstutz.

**Unverhältnismässige Eingriffe**

Im Umweltschutzgesetz ist aber festgelegt, dass der Bund Sanierungen von Schiessstandorten nur unterstützt, wenn nach dem 31. Dezember 2020 nicht mehr darauf geschossen wird. Fazit von Nationalrat Amstutz: «Der Wunsch nach einer Verhinderung der Belastung der Böden wird mit völlig unverhältnismässigen Massnahmen umgesetzt und höher gewichtet als alles andere.»

Die vorbereitenden Kommissionen beider Kammern stimmten dieser Be-

urteilung zu. Am 28. August 2017 aber wollte die Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrats die Initiative abschreiben. Doch das Plenum des Nationalrats verlangte deren Umsetzung. Auch der Bundesrat zeigte Verständnis für das Anliegen. Schliesslich setzte sich die Sonderregelung für historische Schiessens und Feldschiesse im Ständerat mit 31 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung durch.

**Reformbedarf im Stockwerkeigentumsrecht**

Per Motion, die der Bundesrat zur Annahme empfahl und die ich gestützt auf meine Interessenbindung als Präsident des Hauseigentümer-Verbandes Schweiz mit Überzeugung bekämpfte, engagierte sich der Grünliberale Aargauer Nati-

onalrat Beat Flach «für ein modernes und praxistaugliches Stockwerkeigentumsrecht». Der Bundesrat sollte beauftragt werden, das Stockwerkeigentumsrecht auf Lücken und Verbesserungsmöglichkeiten hin zu prüfen und Vorschläge für Gesetzesanpassungen vorzulegen. Nachdem der Bundesrat im März 2019 einen Bericht zum geltenden Stockwerkeigentumsrecht auf Gutachterbasis veröffentlicht hatte, fand Flach: «Der Bundesrat anerkennt, dass Reformbedarf besteht. Diese parlamentarische Diskussion soll mit meiner Motion angestossen werden.» Besonderes Gewicht sei auf den Erwerb von Stockwerkeigentum als Plan zu legen. Ein anderer wichtiger Bereich seien bauliche Massnahmen an gemeinschaftlichen Teilen, weil je nach Art der Massnahmen – notwendige, nützliche und luxuriöse – ein anderes Quorum für die Beschlussfassung verlangt werde. Diese Qualifizierung bringe im Alltag oft Probleme. Eine Überprüfung liege auch im Sinne der Rechtsicherheit.

**Schweiz, quo vadis?**

Entwickelt sich die Schweiz noch in die richtige Richtung? Oder wird die Schweiz wie andere EU-Staaten in den Abgrund gewirtschaftet?

- 150 finden keine Arbeit mehr, da günstige Arbeitnehmer aus dem Ausland eingestellt werden
- Sozialkassen werden missbräuchlich oder aus Bequemlichkeit geplündert
- Immer mehr Gebühren und Abgaben, welche den Mittelstand und KMU's belasten.
- Gewalt und Kriminalität nehmen zu und werden zur Routine, dazu ein paar Zahlen:
- In der Schweiz gibt es mittlerweile 2 Vergewaltigungen pro Tag, wobei das Täterprofil eine deutliche Sprache spricht: Bei den verurteilten Vergewaltigern liegt der Ausländeranteil bei hohen 74 Prozent!
- Dank der «offenen Grenzen» floriert der Kriminaltourismus: In der Schweiz sind 71 Prozent aller Gefängnisinsassen ausländische Staatsbürger! (Das ist der zweithöchste Wert in Europa)
- Und bei der Sozialhilfe zeigen aktuelle Zahlen, dass 57 Prozent der Sozialhilfebezügler Ausländer sind!

festgehalten, dass Kriminelle bei den aufgeführten Straftaten automatisch ausgewiesen werden. Obwohl das Parlament explizit ins Gesetz geschrieben hat, dass die Richter die Härtefallklausel nur «ausnahmsweise» anwenden dürfen, zeigt die Statistik des Bundes, dass im 2018 nur in 71 Prozent der Fälle, in denen das Gesetz einen obligatorischen Landesverweis verlangt, auch wirklich einen verhängt hat. Gemäss einem NZZ-Bericht wurde sogar bei einem Sexualstraftäter die Härtefallklausel geltend gemacht und auf eine Ausschaffung verzichtet: Zu Lasten unserer Sicherheit!

**Der Mittelstand bezahlt**

Wird der Strassenverkehr in den rot/grünen Städten diskriminiert? Da die Bevölkerung dank der unbegrenzten Zuwanderung weiter steigt, ist es logisch, dass auch der Autoverkehr zunehmen wird. Anstatt die Strassen der unkontrolliert wachsenden Bevölkerung anzupassen, will rot/grün mit Hilfe der FDP den motorisierten Individualverkehr (MIV) mittels neuen Steuern und Mobility Pricing teurer machen! Bezahlen wird es der Mittelstand – also wir! Die Schweiz braucht mehr SVP. Die Schweiz braucht uns! Wenn wir verhindern wollen, dass die Schweiz weiter nach links abdriftet und zu Grunde gerichtet wird, müssen wir mobilisieren. Motivieren Sie Freunde und Bekannte und nehmen Sie bei den Nationalratswahlen die Liste 1 der SVP und wählen sie Roger Köppl in den Ständerat, -für unsere Schweiz!

René Truninger, Kantonsrat SVP, Effretikon

GUTMENSCHEN-POLITIK IM VORMARSCH

**Sie plündern unseren Sozialstaat**

11 400 Prozent und 90 Prozent – das sind zwei Kennzahlen, die für den grössten Missstand in unserem Asyl(un)wesen stehen. Die Kennzahlen machen wütend und rufen nach einer politischen Radikalkorrektur.



Samuel Balsiger Gemeinderat Zürich Kreis 9

Zur Erklärung: Die Anzahl eritreischer Sozialhilfeempfänger ist innert zehn Jahren explodiert. Die Zunahme beträgt rund 11 400 Prozent. Im Jahr 2006 waren es 276 und zehn Jahre später 31 526 Eritreer, die es sich in der Schweizer Sozialhilfe gemütlich gemacht haben. Rund 90 Prozent der Eritreer in der Schweiz beziehen Sozialhilfe. Wer auf der Strasse einen eritreischen Migranten sieht, kann fast sicher sein, dass dieser vom Staat lebt.

**Für Ferien gut genug**

Echte Flüchtling sind an Leib und Leben bedroht. Sie können nicht in ihre Heimatländer zurückkehren. In den Sommermonaten reisen hingegen Tausende Eritreer in ihr Land. Die NZZ am Sonntag beschreibt das Leben in der Hauptstadt Asmara romantisch: «Das kleine Rom, wie die Italiener es nennen, bietet Villenviertel, prächtige Paläste, alte Kinos und eine Promenade,

die den Vergleich mit italienischen Städten nicht scheuen muss. Junge Männer und Frauen flanieren am Abend auf der Harnet Avenue, in den Bistros am Strassenrand wird Kaffee getrunken.»

**Systematischer Asylmissbrauch**

In Eritrea herrscht kein Krieg. Dass dennoch Zehntausende Eritreer unseren Sozialstaat plündern, geht auf die ehemalige Asylrekurskommission zurück. Deren Asylrichter waren ursprünglich Juristen bei linken Organisationen wie der Caritas, der Flüchtlingshilfe oder Amnesty International. 2006 dann das folgenschwere Grundsatzurteil: Die linken Asylrichter entschieden, dass die Verweigerung des eritreischen Nationaldienstes einen Asylgrund darstelle. Obwohl es zumeist bloss um einen Zivildienst in Schulen, Spitälern oder Ämtern geht. Wer in Eritrea eine solche Arbeit nicht leisten will, darf es sich auf Anordnung von Gutmenschenden in der Hängematte des Schweizer Sozialstaates gemütlich machen. Vielen Gemeinden droht deshalb eine massive Steuererhöhung. Gewinnt Rot-Grün am 20. Oktober die Nationalratswahlen, wird der Mittelstand durch den Dammbruch linker Gutmenschenden-Politik wohl weitgehend zerstört.

INSERAT

EINLADUNG

Sessions-Anlass

Einladung zum Sessions-Anlass bei Toni Brunner im Haus der Freiheit Samstag, 28. September 2019

Nationalrat Hans Egloff berichtet Spannendes aus dem Bundeshaus

Gerne heissen wir Sie am 28. September 2019 zum Sessions-Anlass im Haus der Freiheit bei Ebnat-Kappel willkommen.

Die SVP Bezirk Dietikon lädt Sie zudem zum Besuch der Kult Vicky und dem Kälbchen Valon von Nationalrat Hans Egloff ein.

Anmeldungen an: jasmin.hotz@beelegal.ch / 058 206 10 00 Abfahrt ca. um 8:00 Uhr

Die Kosten für die Veranstaltung betragen pro Person CHF 80.- (inkl. Anfahrts / Mittagessen / exkl. Getränke). Eine Anmeldung ist zwingend. Die Organisatoren freuen sich auf eine rege Teilnahme und laden Sie zum Apéro ein.

SCHWEIZER QUALITÄT  
100 PROZENT DIE BESTESSENHEIT